INHALT

| V | orwort | 9 |
|-----|---|----|
| Ei | nleitung | 11 |
| I. | Bedingungsfaktoren für die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945–1949 | 18 |
| | nach 1945 | 18 |
| | 2. Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Westallierten bezüglich der Sozialisierung der Ruhrindustrie | 26 |
| | 3. Die Entflechtung der Konzerne und die Einführung der paritätischen Mitbestimmung | 31 |
| II. | Die Ausgangssituation der Jahre 1949/50 | 37 |
| | 1. Die politischen Auseinandersetzungen um eine allgemeine Regelung der Mitbestimmung | 38 |
| | a) Die ersten Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und die ihnen zugrundeliegenden Interessen und Strategien (November 1949 bis März 1950) b) Die Verlagerung der Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung auf die parlamentarisch-politische Ebene und die Aufnahme neuer Ver- | 38 |
| | handlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden (April bis Oktober 1950) | 43 |
| | Die Entflechtung und Neuordnung der Montanindustrie unter den Bedingungen des Schumanplans und ihr Zusammenhang mit der gesonderten gesetzlichen Regelung der Montanmitbestimmung a) Gesetzliche und institutionelle Grundlagen der Entflechtung und Neu- | 49 |
| | ordnung der Eisen- und Stahlindustrie und des Kohlenbergbaus b) Die Vorstellungen der Stahltreuhändervereinigung, der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung und der Gewerkschaften zur Neuordnung der Montanindustrie bis zur Einschaltung der Bundesregierung (April 1949 | 50 |
| | bis Oktober 1950) | 53 |
| | (September bis November 1950) | 56 |
| | hang mit der Einschaltung der Bundesregierung in die Neuordnung (September bis November 1950) | 61 |

| e) Das Interesse der Bundesregierung an einer Unterstützung ihrer Neu- ordnungspolitik durch die Gewerkschaften und die daraus resultierende gewerkschaftliche Forderung nach Absicherung der Montanmitbestim- mung (November 1950 bis Januar 1951) | 65 |
|--|----------------|
| III. Die gesetzliche Absicherung der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie als partieller Kompromiß unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Interessen (November 1950 bis April 1951) 1. Vorüberlegungen zur Lösung des Mitbestimmungskonfliktes auf seiten der Bundesregierung und der Unternehmer 2. Die Rolle der christlichen Arbeitnehmerschaft (christliche Gewerkschafter im DGB/Sozialausschüsse der CDU/CSU) 3. Die Verhandlungen über eine Sonderregelung der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie vom Januar 1951 und die Vermittleren bei von der Vermittleren bei vermitten bei von der Vermittleren bei von der Vermittleren bei vermittel bei vermittel von der Vermittleren bei vermittel von der Vermittleren bei vermittel von der Vermittleren bei vermittel vermitte | 71 71 76 |
| 4. Die faktische Zustimmung der DGB-Führung zu einer gesonderten Mitbestimmungsregelung in der Montanindustrie 5. Die parlamentarische Behandlung des Montanmitbestimmungsgesetzes | 79 86 93 |
| 1. DGB und Schumannlan | 98 98 05 |
| V. Die Wiederherstellung der alten Besitzverhältnisse in der Montanindustrie und ihr Zusammenhang mit dem Schumanplan und der Regelung der Montanmitbestimmung | D9 10 |
| WI. Die Montanmitbestimmung und ihre Folgen: Zum Verhältnis von DGB und Bundesregierung zwischen der Verabschiedung des Montanmitbestimmungsgesetzes und des Betriebsverfassungsgesetzes (Frühjahr 1951 bis Sommer 1952) 1. Die Politik der konstruktiven Zusammenarbeit des DGB mit der Bundesregierung und die ersten Anzeichen ihres Scheiterns (März bis Juli 1951) 2. Die Phase des aufgeschobenen Konfliktes: Erneute Verhandlungen zwischen DGB und Bundesregie | 0 |
| 3. Das Scheitern der DGB-Politik im Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz (Januar bis Juli 1952) | 4 |

| Zusammenfassung und Schlußbemerkung | 46 |
|-------------------------------------|-----|
| Abkürzungsverzeichnis | 50 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis | 51 |
| Personenregister | 161 |